



Regionaljournal Steiermark

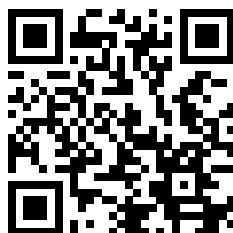


Schluss mit „Gewesslersteuer“

Die WKO Steiermark unterstützt das Autovolksbegehren. Die mit 1. Jänner abermals steigende CO2-Steuer müsse zumindest ausgesetzt werden, fordert man in Richtung der neuen Regierung.

Österreichs Autobesitzer stöhnen unter der Vierfach-Steuerlast und es verspricht noch schlimmer zu werden, warnt Josef Herk, Präsident der Wirtschaftskammer Steiermark: „Neben NoVA, Mineralölsteuer und motorbezogener Versicherungssteuer hat Frau Gewessler uns allen ja auch noch die progressive CO2-Steuer aufgehast, und die steigt mit 1. Jänner automatisch und macht Treibstoffe abermals teurer“, so Herk, der hofft, dass die neue Regierung einige „grüne Plagen wieder aus der Welt schafft“.

Die Erhöhung des Pendlerpauschale geht zwar in die richtige Richtung, greift aber zu kurz: „Wir sollten aus den Problemen mit den Energiekosten gelernt haben, dass eine teilweise Rückvergütung durch den Staat der falsche Weg ist, weil dadurch die Inflation weiter angetrieben wird. Viel besser ist es, gleich die Steuerschraube zu lockern und damit die Kosten zu senken. Das macht das Autofahren leistbar, und das für Unternehmen, Pendler und Menschen, die privat auf das eigene Fahrzeug angewiesen sind.“ Herk und der steirische Fahrzeughandel unterstützen darum das „Autovolksbegehren - Kosten runter“ (www.autovolksbegehren.at). Immerhin macht die 2022 eingeführte CO2-Steuer aktuell 12,3 Cent pro Liter Benzin und 13,5 Cent bei Diesel aus - ab 2025 soll sie von 45 auf 55 Euro pro Tonne erhöht werden. Beim Diesel allein würde das noch einmal 2,4 Cent zusätzlich bedeuten. Und das, obwohl Österreich für Autos schon ein Hochsteuerland ist - EU-weit liegt man laut Erhebung des Europäischen Verbandes der Automobilhersteller sogar auf Rang zwei. Pro Kraftfahrzeug und Jahr werden im Schnitt 2.678 Euro an Steuern und Abgaben fällig, nur in Belgien zahlen Autofahrer mehr. Klaus Edelsbrunner, Fahrzeughandel-Obmann in der WKO Steiermark und der Wirtschaftskammer Österreich, betont: „Wir sagen ganz klar: es dürfen zur Budgetkonsolidierung nicht ausschließlich der Verkehr und



die Autofahrer zur Kasse gebeten werden. Individuelle Mobilität muss
leistbar bleiben!“

